



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 22. Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates (AB/022/2017)

am Mittwoch, 27. September 2017,

17:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 200, 1. Etage,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Dr. Hussein Hasham Jinah

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Dr. Helfried Reuther (bis 19:00 Uhr)

Kerstin Wagner

Tina Siebeneicher

Vincent Drews (bis 19:20 Uhr)

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Maria Elena Domingo San Juan

Dr. Asad Mamedow (bis 20:00 Uhr)

Dr. Md Shahinur Rahman

Dr. Juri Tsoglin

Viktor Vincze

Halyna Yefremova

Stellvertretende Mitglieder

Rica Gottwald

Vertretung für Frau Dr. Margot Gaitzsch

Hans-Joachim Klaudius

Vertretung für Herrn Gordon Engler

(bis 19:55 Uhr)

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Angelika Malberg entschuldigt

Kathrin Bastet

Gordon Engler

Dr. Margot Gaitzsch

Jens Genschmar

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Truong Binh Bui

German Levenfus

Rustam Maks

Yujie Yao

Verwaltung:

Frau Winkler	Integrations- und Ausländerbeauftragte
Frau Dr. Kaufmann	Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen
Herr Oertel	GB 2, Bildungsbüro
Herr Dr. Kühn	GB 2, Jugendamt
Herr Fritzsche	GB 2, Jugendamt
Herr Barth	GB 3, Leiter Ortsamt Neustadt

Gäste:

Frau Schieferdecker-Adolph	Afropa e. V.
Herr Chaimite	Afropa e. V.
Herr Maulana	Afropa e. V.
Frau Triebel	Malteser Hilfsdienst
Frau Halfaoui	Malteser Hilfsdienst
Frau Weiß	Diakonie Dresden
Herr Imhof	Leiter Polizeirevier Dresden-Nord

Schriftführer/-in:

Frau Richter	SG Stadtratsangelegenheiten
--------------	-----------------------------

T A G E S O R D N U N G**Öffentlich**

- 1** Planungsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden: Allgemeiner Teil (Teil I); Übergreifende Themen (Teil II) **V1772/17
beratend**
- 2** Kriminalitätssituation und Lösungsmöglichkeiten in den Bereichen Scheune, Alaunstraße und Alaunpark
- 3** Familienangehörige jüdischer Zuwanderer
- 4** Sachstand Einführung Gesundheitskarte
- 5** Informationen/Sonstiges

Nicht öffentlich

- 6** Informationen/Sonstiges

öffentlich

Der Vorsitzende des Integrations- und Ausländerbeirates, **Herr Dr. Jinah**, eröffnet und leitet die Sitzung. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums bei elf anwesenden Mitgliedern, die form- und fristgemäße Ladung sowie Einvernehmen zur Tagesordnung fest.

- | | | |
|----------|---|------------------------------|
| 1 | Planungsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden: Allgemeiner Teil (Teil I); Übergreifende Themen (Teil II) | V1772/17
beratend |
|----------|---|------------------------------|

Herr Dr. Kühn, Jugendamt, stellt die Vorlage ausführlich vor.

Auf die Rückfrage von **Herrn Klaudius**, wie berücksichtigt werde, dass der Weisung des Bundesinnenministers entsprechend die Hilfe nur Migranten mit Bleibeperspektive erhalten, erklärt **Herr Dr. Kühn**, dass für die Kinder- und Jugendarbeit (sowohl bei Hilfen zur Erziehung als auch in den Jugendhäusern) das Bleiberecht nicht relevant sei.

Frau Winkler ergänzt, dass sich das SGB VIII an alle Kinder und Jugendlichen bis zum 27. Lebensjahr wende, die sich in Deutschland aufhalten. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz orientiere sich an internationalem Recht und Standards, wie der UN-Kinderrechtskonvention, was sich auch in der Arbeit vor Ort zeige.

Frau Stadträtin Siebeneicher fragt, welche Angebote in der Jugendhilfe noch für junge Migrantinnen und Migranten gebraucht würden. Sie fragt nach der Herangehensweise und verweist auf den Stadtratsbeschluss zum Integrationskonzept. Dort seien viele interessante Ansätze enthalten, die genutzt werden könnten, um in den verschiedenen Verwaltungsbereichen miteinander zu arbeiten.

Das bestätigt **Herr Dr. Kühn**. Wenn die Vorlage vom Jugendhilfeausschuss beschlossen werde, werde die Thematik in den regelmäßig stattfindenden Planungskonferenzen immer wieder aufgerufen. Dies sei der Verwaltungsvorschlag.

Er modifiziert die von **Frau Stadträtin Siebeneicher** aufgeworfene Frage, dass zu fragen sei, wie sich die Angebote entwickeln müssten, damit sie für alle jungen Menschen zugänglich seien. Sicher seien auch eigene Angebote für junge Menschen mit Migrationshintergrund nötig. Aber im Sinne des SGB VIII sei der Migrationshintergrund nicht relevant, sondern es müsse geschaut werden, wie die Angebote verändert werden könnten. Es seien nicht zwingend neue Angebote erforderlich.

Frau Winkler nimmt auf die Jugendbefragung Bezug. Damals sei festgestellt worden, dass der ein geringer Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund erreicht worden seien, um deren Vorstellungen in die Planungen einfließen zu lassen. Diese Erfahrung solle für die Zukunft genutzt werden, um diese Zielgruppe besser zu erreichen, eventuell mit der Akquise weiterer Partner.

Herr Dr. Kühn berichtet, dass der Fragebogen für die Jugendbefragung neben Deutsch auch in Englisch herausgegeben worden sei. In anderen Sprachen oder Medien (wie einer App) sei es leider nicht gelungen.

Man stehe aber in gutem Kontakt mit dem Ausländerrat Dresden e. V. Die stadtteilräumlichen Beteiligungsmöglichkeiten laufen über die Stadtteilrunden, also über die Akteure vor Ort, worin er mehr Hoffnung setze.

Frau Winkler bietet an, sich im Vorfeld einer solchen Befragung o. ä. verwaltungsintern zum Vorgehen abzustimmen und das Jugendamt zu unterstützen. Sie habe Kenntnis von verschiedenen Kanälen, um die Zielgruppe junger Migrantinnen und Migranten besser zu erreichen.

Nach einem bilateralen Austausch zwischen Herrn Dr. Kühn und Frau Domingo zur Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aufgrund ihres sozialen Status bzw. ihres Migrationshintergrundes unterbreitet **Frau Domingo** den Vorschlag, dass die Jugendhäuser Nachhilfeangebote anbieten sollten.

Herr Dr. Kühn teilt mit, dass er von Jugendhäusern wisse, die das schon anbieten, wie in Gorbitz und Prohlis.

Auf Rückfrage von **Herrn Dr. Tsoglin**, ob auch Kinder von Familien ohne Bleiberecht (betrifft eine armenische Familie, die ihre Herkunft als irakisch angegeben habe) Unterstützung erhalten können, erklärt **Herr Dr. Kühn**, dass Einzelfälle nicht Inhalt dieser Vorlage seien. Es gebe viele Anlaufstellen. Eine davon sei der Allgemeine soziale Dienst des Jugendamtes, der im Einzelfall prüfe, welche Hilfe für die Kinder notwendig sei. Darüber hinaus könne auch die Unterstützung einer Beratungsstelle, wie die des Ausländerrates Dresden e. V., in Anspruch genommen werden.

Herr Vincze verweist auf die Härtefallkommission, die in jedem Bundesland existiere, und an die man sich wenden könne, wenn die juristischen Wege ausgeschöpft seien. Allerdings müssten die Betroffenen bestimmte Voraussetzungen erfüllen, um möglicherweise doch bleiben zu dürfen. Dafür erfolge die Einzelfallprüfung.

Herr Klaudius betont, dass das Primat auf der Einhaltung der Gesetze liege. Die hier angesprochene Familie habe bezüglich ihrer Herkunft falsche Angaben gemacht. Insofern spricht er gegen die Inanspruchnahme der Härtefallkommission als Lösungsansatz.

Frau Stadträtin Gottwald fällt auf, dass Kinder mit Migrationshintergrund weniger Erfolg in der Schule haben, was nicht daran liege, dass sie schlechter lernen könnten, sondern dass sie schwierige Bedingungen haben, z. B. aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen sowie des Erlernens einer neuen Sprache. Auch lernen sie nur in der Schule. Gleichzeitig kommen sie in den Jugendhäusern und den Einrichtungen der Jugendhilfe nicht an. Deswegen sollte darüber nachgedacht werden, wie die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen der Jugendhilfe und der Schule verbessert werden könne, um über die Kontakte zum Lernerfolg zu kommen.

Herr Dr. Kühn verweist auf das Programm zur Schulsozialarbeit, an dem man arbeite. Die praktische Umsetzung benötige allerdings ihre Zeit.

Frau Yefremova spricht sich dafür aus, dass auch für Jugendliche kostenlose Ferienangebote unterbreitet werden. Sie hat den Eindruck, dass das Angebot für Grundschüler weitaus größer sei.

Es gebe ganz viele Angebote, so **Herr Dr. Kühn**, doch sie seien alle freiwillig, wie in den offenen Jugendhäusern, über Jugendverbandsangebote sowie Ferienfahrten. In Dresden bestehe ein sehr dichtes Netz solcher Angebote.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** bringt die Vorlage zur Abstimmung. Der Integrations- und Ausländerbeirat ist beratend tätig.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 10 / Nein 1 / Enthaltung 0

2 Kriminalitätssituation und Lösungsmöglichkeiten in den Bereichen Scheune, Alaunstraße und Alaunpark

Herr Dr. Jinah begrüßt zu dem Thema Herrn Imhof (Leiter des Polizeireviers Dresden-Nord), Herrn Barth (Ortsamtsleiter Neustadt), Herrn Fritzsche (Jugendamt), Herrn Chaimite sowie Frau Schieferdecker-Adolf (beide afropa e. V.)

Des Weiteren seien Vertreterinnen weiterer lokaler Akteure der Dresdner Neustadt anwesend. Auf die Rückfrage von Herrn Dr. Jinah wird diesen im Einvernehmen mit dem Integrations- und Ausländerbeirat Rederecht erteilt.

Herr Imhof gibt eine kurze polizeiliche Lageeinschätzung und wie die Polizei damit umgehe.

Der Stadtteil Äußere Neustadt sei ein Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit in der Stadt Dresden. In den letzten Jahren habe man vermehrt mit Straftaten zu tun. Aus Polizeisicht gebe es drei Schwerpunktdeliktgruppen:

- Rohheitsdelikte (u. a. Raub, gefährliche und schwere Körperverletzung sowie einfache Körperverletzung)
- Eigentumsdelikte (u. a. Diebstahlshandlungen im einfachen Sinn und besonders schwere Fälle des Diebstahls)
- Rauschgiftkriminalität

Diese Deliktgruppen seien quantitativ auffällig, sie nehmen etwa zwei Drittel der polizeibekanntesten Straftaten ein. Der Bereich der Rohheitsdelikte sei quantitativ nicht so hoch, aber diese Straftaten beeinflussen das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung maßgeblich. In der letzten Zeit seien häufig Auseinandersetzungen zwischen Personengruppen zu verzeichnen, bei denen z. B. Messer oder abgebrochene Flaschen als Tatmittel verwendet werden. Im Bereich des Alaunparks habe es drei größere Auseinandersetzungen gegeben, die unter der Kategorie Landfriedensbruch eingeordnet worden seien.

Die Eigentumsdelikte stehen zwar nicht so sehr im öffentlichen Fokus, haben aber einen Einfluss auf das Sicherheitsempfinden, weil sie rund 50 % der Delikte, die der Polizei bekannt seien, ausmachen.

Die Rauschgiftkriminalität sei ein „Katalysator“ für das Auftreten der anderen Delikte. In dem Bereich gebe es ein großes „Dunkelfeld“, d. h. es passiere relativ viel, doch die Polizei bekomme nicht alles mit. Die Zahlen steigen in dem Bereich in den letzten Jahren relativ schnell an. Allerdings werde in dem Bereich auch stärker kontrolliert, sodass die Aufgriffszahlen entsprechend steigen.

Die Bereiche in der Äußeren Neustadt, die am stärksten belastet seien, seien der Albertplatz, die Alaunstraße zwischen der Böhmisches Straße und der Louisenstraße einschließlich des Scheunvorplatzes sowie der Alaunplatz. Die Schwierigkeiten treten schwerpunktmäßig in den Abend- und Nachtstunden, insbesondere am Wochenende bis in die Morgenstunden, auf.

Über alle Straftaten gesehen seien knapp 30 % sogenannte nichtdeutsche Tatverdächtige. Die Zahl sei aber differenziert zu betrachten. Insbesondere im Bereich der schweren und gefährlichen Körperverletzung steige der Anteil auf rund 75 % und im Bereich der Taschendiebstahlsdelikte beispielsweise sei man bei den Tatverdächtigen, die der Polizei bekannt seien, bei über 90 %. Er betont, dass er nur über das sprechen könne, was der Polizei bekannt sei, also das „Hellfeld“.

Aufbauend zur Lageeinschätzung informiert er, wie die Polizei damit umgehe. Die Lage werde ständig beurteilt (Straftaten, Phänomene, wie die größeren Auseinandersetzungen). In der Folge werde darauf reagiert. Seit dem späten Herbst 2015 sei man mit einer verstärkten polizeilichen Präsenz im Bereich der Äußeren Neustadt unterwegs (Einsatz Streifendienst, Bereitschaftspolizei, Polizeireiterstaffel im Bereich des Alaunparks). Darüber hinaus erfolgen gezielte Einsatzmaßnahmen in einzelnen Kriminalitätsbereichen. Des Weiteren engagieren sich viele weitere Player im Bereich der Sicherheit der Äußeren Neustadt. So stehe man mit dem Ordnungsamt im Informationsaustausch. Eine weitere gute Zusammenarbeit erfolge mit dem Ortsamt Neustadt.

Dazu ergreift **Herr Barth** das Wort. Er betont, dass Kriminalitätsbekämpfung sich in mehrere Bereiche gliedere. Ein Bereich sei die Präsenz und Kontrolle der Polizei, um Straftaten zu vermeiden. Darüber hinaus bestehe ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz, um an die Ursachen heranzukommen. Das sei schwierig als Kommune, der nicht alle Mittel zur Verfügung stehen, die dafür nötig wären. Zur Kriminalitätsbekämpfung gehören aus seiner Sicht Kontrolle, Angebot (Infrastruktur) und Prävention.

In der Äußeren Neustadt sei seit Herbst 2015 viel erreicht worden, als die Lage schwieriger geworden sei. Es sei die AG Sicherheit gegründet worden, die er selbst leite. Dieser gehören Vertreter des Ortsamtes Neustadt, des Ordnungsamtes, des Polizeireviers Dresden-Nord und verschiedener Akteure/Institutionen an. Zu letzterem gehören Anwohner/-innen, Schulleiter der Dresdner Neustadt, Scheune e. V., Träger der Sozial-/Jugendarbeit, Suchtbeauftragte und Integrations- und Ausländerbeauftragte der Stadt Dresden.

Darüber hinaus laufe die Aktion „Saubere Neustadt“. Herr Barth betont, dass Ordnung und Sicherheit mit Sauberkeit korrespondiere. Einige Projekte seien schon umgesetzt worden, wie die „Pinkelfliesen“ oder die „Nette Toilette“ sowie die Rücknahme von Flaschen. Das Lokale Handlungsprogramm für Ordnung und Sauberkeit habe dazu finanzielle Unterstützung gegeben.

Bezüglich der Kriminalitätsbekämpfung nutze man verschiedene Wege. Im Jahr 2016 habe man verschiedene Termine organisiert, so z. B. auf dem Scheunevorplatz, und Ideen gesammelt. Es gebe Zeiten, die seien problematisch (abends, nachts und am Wochenende). Der Stadtrat habe den Vorschlägen zugestimmt und die Mittel für die Ortsämter aufgestockt, sodass Projektarbeit möglich sei, z. B. mit der „Neustadtkümmernin“. Auch sei die Öffentlichkeitsarbeit forciert worden. Halbjährlich berichte er in der öffentlichen Ortsbeiratssitzung unter dem Motto „Information, Kooperation, Mithelfen“. Es sei auch eine Einwohnerversammlung durchgeführt worden und der Stadtrat habe Vorschläge daraus aufgenommen.

Auch sei man intensiv mit den örtlichen Akteuren vernetzt, zum Beispiel zur Flüchtlingsunterkunft K9 und mit der Stadtteilrunde. In der Folge sei der Streetworkbereich aufgestockt worden. Der Scheunevorplatz stehe dabei im Fokus für Projekte. Dazu sei ein Vertrag mit dem Scheunebetreiber als lokalen Akteur geschlossen worden. Ziel sei es, den Scheunevorplatz zurückzugewinnen im Sinne einer positiven Belegung, zum Beispiel mit Projekten wie Nachtflohmärkten, Silent Disco und Kunstprojekten. Das trage bereits Früchte. Gleichzeitig müsse an die Anwohner gedacht werden. Insofern müsse das Engagement weiter begleitet und als Stadt finanziert werden.

Auch die „Neustadtkümmernin“ sei ein Projekt der Stadt Dresden. Sie beinhalte kein Quartiersmanagement, wie es in anderen Stadtteilen etabliert sei, sondern die Gemeinwesenarbeit sei der Ansatz. Sie sei Ansprechpartnerin auf niedrigschwelliger Art. Zurzeit arbeite sie sich ein. Sprechzeiten seien aktuell dienstags von 15 bis 18 Uhr sowie freitags von 15 bis 20 Uhr. Es werde an der Vernetzung gearbeitet. Außerdem werde die Umsetzung weiterer Ideen eruiert.

Ferner sei die Nachtabschaltung jeder zweiten Laterne partiell abgeschafft worden, was zur Sicherheit beitrage. Dieser Weg in Richtung Sicherheit solle auch weiter beschritten werden.

Die Anwohnerschaft der Neustadt spiegele Herrn Barth, dass die Polizeipräsenz in der Neustadt gut und gewünscht sei. Weiter spiegele sie eine Unsicherheit bezüglich Einbruchskriminalität. Er habe im vergangenen Jahr gute Erfahrungen mit Infoveranstaltungen mit der Polizei in Johannstadt und Friedrichstadt gemacht.

Herr Dr. Jinah berichtet, dass er auf das Thema aufgrund eigener Wahrnehmung im Bereich Scheune, Alaunstraße, Alaunpark aufmerksam geworden sei. Ihn haben außerdem viele Meldungen erreicht, dass Frauen belästigt worden seien und Drogen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen an Schüler/-innen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit verkauft würden. Auch Personen, die dort arbeiten oder leben, berichten von negativen Erfahrungen. Diese ganzen Berichte seien Anlass gewesen, das Thema im Integrations- und Ausländerbeirat aufzurufen.

Herr Fritzsche kann bezüglich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge seitens des Jugendamtes keine Aussagen treffen: Er sei Fachberater für die geförderten Angebote, die in der Neustadt aktiv seien, und kann nur zur Jugendsozialarbeit vor Ort Auskunft geben. In den Bereichen Drogenprävention und der Arbeit mit Drogenabhängigen sei personell aufgestockt worden.

Weiter arbeite man ebenfalls an der Vernetzung der Akteure im Bereich der Straßensozial- und Jugendarbeit.

Herr Dr. Jinah unterbreitet Herrn Barth den Vorschlag, die AG Sicherheit im Ortsamt um Vertreter des Gesundheitsamtes (Jugend- und Drogenberatungsstelle) sowie der Treberhilfe zu ergänzen.

Herr Chaimite berichtet, dass der afropa e. V. seit 2003 vor Ort arbeite und Angebote für Menschen aus Afrika anbiete, um sich zu begegnen und auch sportlich zu betätigen. Mittlerweile würden drei Projekte des Vereins gefördert, und man habe sich auch für Flüchtlinge aus anderen Teilen der Welt geöffnet.

Projekte:

Patchwork – ein Ort der Inklusion (2015)

Das sei ein Angebot der Räumlichkeiten mit sozialer Beratung und werde von afghanischen und afrikanischen Gruppen genutzt. Primär gehe es im Projekt Patchwork um Inklusion und Integration. Gefördert werden zweieinhalb Stellen sowie die Räumlichkeiten. Mit seinen Räumlichkeiten biete der Verein einen Rückzugsort.

Bundesverband Netzwerk Nemo

Dieses Projekt richte sich an Flüchtlinge, die sich ehrenamtlich um andere Geflüchtete kümmern möchten. Hier würden Geflüchtete „aufgebaut“, die schon etwas erreicht haben, auch sprachlich, und Verantwortung tragen wollen.

Herr Chaimite berichtet über die Aktivitäten und auch zur Begegnung der Nationalitäten untereinander, wo es auch Vorbehalte gebe, die sich im Miteinander abbauen lassen.

Träger der Flüchtlingssozialarbeit

Seit Juni 2017 sei man Träger der Flüchtlingssozialarbeit aufgrund der beiden vorgenannten Projekte. Damit sei man mit der Betreuung und fachlichen Beratung breiter aufgestellt. Die Aktivitäten würden am jetzigen Standort durch die Nachbarschaft mehr wahrgenommen.

Das Projekt Patchwork solle übergeleitet werden. Dazu sei man mit der Neustadtkümmernin im Gespräch. Neben dem sozialen Rückzugsraum sollen auch Anteile von Streetworking angeboten werden. Er schildert die Schwierigkeit, dass die Geflüchteten nicht in Locations dürfen oder sie sich nicht leisten könnten. Also treffen sie sich an zentralen Orten in der Öffentlichkeit.

Herr Chaimite bietet Herrn Barth die Zusammenarbeit mit dem Verein afropa e. V. an, um den Problemen gemeinsam entgegenzuwirken. In dem Zusammenhang fragt er, ob der Einsatz ziviler Polizei erwägt werde, um dem Geschehen besser Einhalt zu gebieten und die Täter zu stellen.

Frau Schieferdecker-Adolph stellt fest, dass die Kriminalität erschreckend sei und ihr Angst mache. Der Verein afropa e. V. habe allerdings mit Flüchtlingen viele gute Erfahrungen gemacht. Sie bietet Herrn Barth den Austausch mit dessen Projekten an. Weiter berichtet sie von Gesprächen mit Flüchtlingen, die offen für die hiesigen Gepflogenheiten seien und sie sehr schnell verstehen. Das seien Flüchtlinge, die sich integrieren wollten.

Des Weiteren habe man im Verein erkannt, dass die Arbeit/der Kontakt mit den Flüchtlingen über Ihresgleichen besser gelinge und akzeptiert werde. In anderen Städten gebe es gute Erfahrungen mit Polizisten mit Migrationshintergrund. Sie fragt, ob das ein Ansatz für die Polizeiarbeit vor Ort sei.

Herr Maulana, der für afropa e. V. tätig sei, berichtet, dass er die Rückmeldung der Mitarbeiter vor Ort erreicht habe, wonach die zivile Polizeipräsenz wünschenswert sei. Weiter schildert er Fälle, wo gegen die öffentliche Sauberkeit und Ordnung (auch von Deutschen) verstoßen werde, aber keine Konsequenzen folgen. Deswegen wäre der Einsatz ziviler Beamter von Vorteil. Auch die Einrichtung öffentlicher Toiletten wäre eine Maßnahme.

Herr Dr. Jinah bestätigt die Notwendigkeit der Polizeipräsenz. Gleichfalls seien in Abstimmung mit polizeilichen Maßnahmen parallele sozialpädagogische Maßnahmen in stärkerem Maße erforderlich, um präventiv tätig zu werden. Er persönlich wünscht sich die frühere liberale, vielfältige, friedliche Neustadt zurück.

Herr Dr. Jinah erteilt den Vertreterinnen der Einrichtungen vor Ort das Wort.

Frau Weiß, Wohnheim K9 auf der Katharinenstraße, berichtet, dass seit Bestehen des Wohnheims sehr eng mit der Polizei und dem Ortsamt Neustadt zusammengearbeitet werde. Die Polizei werde von den Bewohnern als positiv und Ansprechpartner wahrgenommen. Das Wohnheim befinde sich in der Nähe zum Scheunenvorplatz, sodass oft eine Verbindung zum Wohnheim hergestellt werde, die sie nicht bestätigen könne. Etwa 90 bis 95 % der Bewohner seien in Vollzeit, in Praktika oder Integrationskursen beschäftigt. Auch vermeiden sie bewusst, sich im Bereich des Scheunenvorplatzes aufzuhalten.

Frau Halfaoui, pädagogische Leiterin im Tryp-Hotel, berichtet, dass sie die Stelle erst kürzlich übernommen habe. Sie habe nun von Schwierigkeiten (Drogen etc.) im Umfeld des Hotels gehört. Das bereite ihr Sorge, weil in dem Wohnheim ehemals unbegleitete ausländische Minderjährige untergebracht würden, die nun volljährig seien. Sie habe sich zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen sozialen Dienst in Verbindung gesetzt, auch bezüglich Hilfen zur Erziehung. Falls die Hilfe nicht zur Verfügung stehe, wolle man sich seitens der sozialen Betreuung vermehrt gerade um diese Bewohner kümmern (Ansprechpartner mit festen Terminen). Sie vermisse die Zusammenarbeit mit der Stadt und schildert, dass einige Bewohner wegen der schwierigen Situation im Heim die Straße als Aufenthaltsort vorziehen, zumal ein Sozialraum im Wohnheim fehle. Der Speiseraum werde zeitweise wegen Reinigungsarbeiten verschlossen und stehe nur zur Essenszeit zur Verfügung.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann dankt für die Informationen. Seitens der Verwaltung seien ebenfalls Probleme bezüglich der Heimbetreibung ausgemacht worden. Man befinde sich dazu in Klärung und habe auch mit der Neustadtkümmernin dazu gesprochen. Das Abschließen des Essensraums befremde sie. Es sei zugesichert, dass den geflüchteten Menschen öffentliche Begegnungsräume in den Übergangswohnheimen zur Kommunikation zur Verfügung stehen. Dem werde sie nachgehen. Das entspreche nicht den Vereinbarungen.

Zum Geschehen im Umkreis des Wohnheims könne sie nichts sagen. Dem müsste nachgegangen werden.

Herr Stadtrat Drews begrüßt den Austausch über dieses Thema im Beirat. Er bestätigt das Bestehen der Probleme, mit denen ein Umgang gefunden werden müsse. Gleichzeitig sei die Neustadt ein lebhaftes Viertel. Er spricht für eine differenzierte Betrachtung. In der Neustadt spiegele sich die gesamtstädtische Gesellschaft und die des Dresdner Umlandes wider. Darum werde die Präsenz der Polizei immer notwendig sein. Er findet es wichtig, dass 2015 auf die neuen Tendenzen, die sich auf dem Scheunenvorplatz ergeben haben, reagiert worden sei und bis heute Präsenz gezeigt werde. Ein zweiter wichtiger Baustein seien aber die präventiven, sozialarbeiterischen Ansätze, die inzwischen entwickelt worden seien. Er hat das Gefühl, dass sich die Problem-/Beschwerdelage seitens der direkten Anwohnerschaft des Scheunenvorplatzes gegenüber dem Sommer 2016 verringert habe. Es sei inzwischen Einiges initiiert, was aber nicht sofort wirksam werde (z. B. Neustadtkümmerin, Vereinbarung zum Scheunenvorplatz). Die Auswirkungen der ergriffenen Maßnahmen sollten deshalb zunächst abgewartet werden. Wenn sie nicht die notwendigen Verbesserungen bringen, müsse dann über andere Mittel nachgedacht werden.

Frau Stadträtin Gottwald unterstützt das. Zunächst solle das vorhandene Angebot genutzt werden. Sie äußert, dass mehr Polizeipräsenz nicht die einzige Lösung sei. Vielmehr sollten die schon vorhandenen Angebote genutzt werden, wofür eine Vernetzung der Akteure erforderlich sei. Wichtig sei, dass die gerade Achtzehnjährigen, die aus dem geordneten Alltag der Betreuung des Jugendamtes entlassen werden, in einen geordneten Arbeitsalltag, in eine Ausbildung etc. gebracht werden und teilhaben können. Diese Chance sollten sie erhalten.

Herr Vincze bemerkt zur Berichterstattung seitens der Polizei, dass dies ein schwieriges Thema sei. In der Information der Polizei haben die Intensivtäter gefehlt, die für einen Großteil der Straftaten verantwortlich seien. Die kriminellen Migranten stellen für den Kreis der Migranten ein Problem dar, weil mit den negativen Beispielen der Populismus genährt werde. Diese kleine Minderheit bringe die Mehrheit in Verruf.

Auf die Rückfrage von **Frau Winkler** bezüglich der Sicherstellung der langfristigen Bespielung des Scheunenvorplatzes informiert **Herr Barth**, dass das Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung (AHI) Mittel zur Verfügung stelle, die für die Reinigung des Platzes sowie den Scheunenvorplatzverantwortlichen eingesetzt werden. Die Einnahmen aus Stellplätzen werden gegengerechnet. Diese Mittel decken nicht die Bespielung des Scheunenvorplatzes. Hierfür erhalte die Scheune keine städtischen Mittel.

Für die Folgejahre müsse die finanzielle Untersetzung des Scheunenvorplatzvertrages sichergestellt werden. Das sei Gegenstand von Verhandlungen mit dem AHI. In dem Zusammenhang könnte über die Überführung in eine institutionelle Förderung überlegt werden. Die Projektförderung aus dem Lokalen Handlungsprogramm für Demokratie (LHP) sei nur für Projekte einsetzbar.

Frau Winkler bestätigt, dass die Projektförderung aus dem LHP bereits erfolge. Ihr gehe es darum, dass die LHP-Förderung keine Dauerlösung für die Bespielung des Platzes sei. Dem müssten sich die Akteure bewusst sein. Wenn weitere Mittel benötigt würden, müsste man das entweder in die Verhandlungen mit dem AHI einbringen oder gegebenenfalls eruieren, wo die Mittel akquiriert werden könnten.

Herrn Barth ist sich dessen bewusst, weshalb die Überführung in eine institutionelle Förderung avisiert werde, wofür er Unterstützung benötige.

Frau Stadträtin Siebeneicher dankt für das Engagement der Akteure. Mit Blick auf den konstruktiven Umgang mit dem Problem in der Neustadt, welches schnell erkannt worden sei. Viele Engagierte haben sich zusammengefunden auf dem Scheunenvorplatz, was sie als einzigartig für die Stadt einschätzt. Es mache die Neustadt stark, dass sie über das Miteinander und die Beteiligung dafür Sorge, dass sie ein internationaler bunter Stadtteil bleibe und das Zusammenleben miteinander gestalte. Sie spricht für die Fortsetzung dieses Weges. Der Ortsbeirat Neustadt habe den Impuls gegeben, nicht wegzuschauen, sondern dagegen etwas zu tun. Als Neustädterin habe man mit vielen Sachen, die ein Partyviertel mit sich bringe, zu tun. Auch sie ärgere sich über laute Menschen, „die weit nach Mitternacht betrunken aus Kneipen rausfallen“. Gleichwohl gebe es eine Gelassenheit, mit den Dingen, die das Viertel ausmachen, umzugehen. Diese Gelassenheit wünsche sie sich auch bei anderen Problemen, um gleichzeitig schrittweise voranzukommen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. **Herr Dr. Jinah** greift den Vorschlag aus der Diskussion auf, junge Menschen sinnvoll zu beschäftigen und ihnen außerdem in ihrer Freizeit Betätigungsmöglichkeiten zu geben, die die persönliche Entwicklung fördern, um gleichzeitig von gefährlichen Dingen fernzubleiben.

An Herrn Barth richtet er die Bitte, zum nächsten Vernetzungstreffen auch den Integrations- und Ausländerbeirat einzuladen.

3 Familienangehörige jüdischer Zuwanderer

Herr Dr. Jinah übermittelt die Nachricht von Herrn Mackenroth auf die Einladung in den Beirat, dass er zu seinen Sprechzeiten für Fragen zu der Thematik und zur Klärung von Einzelfällen zur Verfügung stehe. Im Übrigen lehne er sich an das damalige Schreiben des Sächsischen Staatsministeriums des Innern an.

4 Sachstand Einführung Gesundheitskarte

Frau Schöne schildert die bisherigen Aktivitäten der Verwaltung seit dem Stadtratsbeschluss. Neben den verwaltungsinternen Beratungen, an denen Vertreter des Haupt- und Personalamtes (Bereich Organisation), des Gesundheitsamtes und Frau Winkler teilgenommen haben, seien Vertreter von Krankenkassen auch in den Ausschuss eingeladen worden.

Sie erklärt, dass die Landeshauptstadt Dresden Untere Unterbringungsbehörde sei. Weisungsbefugt sei die Landesdirektion als Obere Unterbringungsbehörde. Es gebe klare Regelungen zur Erstattung von Kosten für Flüchtlinge. Die Pauschale für Flüchtlinge enthalte Gesundheitskosten. Des Weiteren gebe es eine gesonderte Erstattungsmöglichkeit für Krankheitskosten, die 7.669 Euro überschreiten. Insofern sei um eine Stellungnahme der Landesdirektion unter Anführung möglicher Auswirkungen gebeten worden, die die Einführung der Elektronischen Gesund-

heitskarte (eGK) haben könne. Die Landeshauptstadt Dresden sei deutlich darauf hingewiesen worden, dass bestimmte Schritte noch zu gehen seien, wenn es dazu käme, dass mit der Einführung der Karte eine Ausweitung der Gesundheitsleistungen über die §§ 4 und 6 Asylbewerberleistungsgesetz hinausgehe. Zur Legitimation sei ein Stadtratsbeschluss zwingend erforderlich. Für das Abrechnungsverfahren sei es weiterhin zwingend erforderlich, mit den Krankenkassen ins Gespräch zu kommen, damit die Stadt die entsprechenden Unterlagen, die bei der Landesdirektion einzureichen seien, auch zur Verfügung gestellt bekomme. Das sei momentan nicht Vertragslage bzw. nicht in den Musterverträgen fixiert. Man würde also keinerlei Belege und medizinische Unterlagen erhalten. Des Weiteren sei es erforderlich gewesen zu definieren, welche Leistungen ohne Genehmigungsverfahren mit der eGK in Anspruch genommen werden können und für welche es weiterhin einer Kostenzusage bedürfe (sogenannter Leistungsbereich C).

Außerdem habe man damit begonnen, die Verwaltungskosten zu ermitteln. Hier rechne sie demnächst mit einem Ergebnis der jetzigen und der zu erwartenden Verwaltungskosten, weil nach wie vor das Kostenrisiko für die Landeshauptstadt Dresden abzuwägen sei.

Sie fasst zusammen, dass nochmals mit den Krankenkassen und der Landesdirektion zu sprechen sei und auf der Grundlage eine Beschlussvorlage erarbeitet werde.

Frau Stadträtin Wagner hat den Ausführungen entnommen, dass man daran arbeite, einen Rahmen zu erarbeiten, damit die Kosten nicht ausufern. Sie fragt, wie das andere Kommunen gelöst hätten, die die eGK eingeführt hätten.

Frau Schöne berichtet, dass sich in den anderen Bundesländern zum Großteil die Länder dazu positioniert haben, die eGK landesweit einzuführen. Eine solche Legitimation gebe es für das Bundesland Sachsen nicht und werde es nach Aussage des Freistaates auch nicht geben. Insofern bestünde ein Kostenrisiko, welches in anderen Bundesländern das Land übernehme. Laut gesetzlichem Rahmen gelte ein eingeschränkter Leistungskatalog. Dieser sei auch gegenüber den niedergelassenen Ärzten in Sachsen eindeutig kommuniziert. Doch die Karte eröffne die Möglichkeit der Behandlung in einem anderen Bundesland.

Zu den Kosten, die den Bundesländern mit der eGK entstehen, gebe es noch keine wesentlichen Evaluierungen, sodass zum Kostenrisiko keine Aussagen getroffen werden könnten. Sie erläutert, dass sich der Leistungskatalog in die Leistungsberechtigten nach §§ 2 und 3 Asylbewerberleistungsgesetz unterscheide, weshalb die Kosten differenziert zu betrachten seien. Deswegen sollten die schon bekannten Zahlen tiefgründig betrachtet werden.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann ergänzt, dass zwar keine systematischen Recherchen gemacht worden seien. Doch in allen Bundesländern, wo die elektronische Gesundheitskarte flächendeckend bzw. in einzelnen Gemeinden eingeführt worden sei, sei eine Landesrahmenvereinbarung geschlossen worden, die auf der Bundesrahmenvereinbarung fuße. Dort sei der Risikorahmen der Landesebene abgebildet worden, sodass der kommunalen Ebene bei möglichen missbräuchlichen Nutzungen keine zusätzlichen Kosten entstehen, sondern das Land die Kosten abfedere. Der Freistaat Sachsen habe signalisiert, dass es keine Landesrahmenvereinbarung geben werde. Führe Dresden dennoch die eGK für Geflüchtete unter 15 Monate Aufenthalt in Deutschland ein, bestehe die Gefahr der bundesweiten Nutzung dieser Karte. Eine lokale Sensibilisierung greife dann nicht mehr. Die Kostenfrage müsse Teil der Beschlussvorlage werden, weil es Mehrkosten bedürfe, weil in der Verwaltung viel intensiver geprüft werden müsse. Das

momentane Grundproblem sei, dass die Kommune keinen Zugang zu den Gesundheitsdaten der Patienten habe. Ohne diese Aktenlage, die im Gesundheitsamt durch die Prüfer/-innen geprüft werden müssten, scheitere man als Kommune. Seitens der Landesebene sei die Kommune klar zur Prüfung der Akten aufgefordert worden. Der nächste Schritt sei daher, mit den kooperierenden Krankenkassen vor Ort zu einer Möglichkeit zu gelangen, den Zugang dazu zu schaffen.

Herr Klaudius rät davon ab, sich bezüglich der Einführung der Karte mit Bremen zu vergleichen. Bremen sei das höchstverschuldete Bundesland und sollte daher kein Vorbild darstellen.

Im Übrigen sei das Thema im Landtag besprochen worden. Er selbst sei als Gutachter seitens der Zahnärztekammer geladen worden. Von Seiten der Leistungserbringer sei keine Notwendigkeit zur Einführung dieser Karte zu sehen. Er fragt, ob die Verwaltung mit den Kammern als Leistungserbringer gesprochen habe.

Frau Schöne informiert, dass mit der Kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen über die Rahmenbedingungen gesprochen worden sei. Ansonsten laufe das Verfahren für die Leistungsberechtigten nach § 2 AsylbLeistG schon. Die Kassenärztliche Vereinigung sei hier involviert.

Als Arzt antwortet **Herr Klaudius**, dass es hierbei keinerlei Probleme gebe.

Frau Winkler berichtet, dass sie im Zusammenhang mit ihrer Meinungsbildung und einigen Detailfragen mit der Kassenärztlichen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung sowie dem Apothekerverband und der Flüchtlingsambulanz intensiv telefoniert habe. Die Personen aus der Leitungsebenen, mit denen sie gesprochen habe, würden die Gesundheitskarte für Asylsuchende in Bezug auf den Abbau von Bürokratie in den Praxen und Apotheken sehr begrüßen. Daher sei das ein kontrovers diskutiertes Thema in den Verbänden.

Sie gibt im Ergebnis ihrer Recherchen den Eindruck wieder, dass der Freistaat sehr stark reglementiere, was möglich sei und was nicht, wobei sie auf die Pauschale für Asyl und § 10 (3) Flüchtlingsaufnahmegesetz und die im Internet veröffentlichte Interpretationshilfe verweist.

Des Weiteren gibt sie zu bedenken, dass es hinsichtlich der Interpretation von Gesundheitsakten Spielraum gebe. Ob man den bezüglich der Gesundheitskarte nutzen könne, sei noch nicht diskutiert worden.

Herr Klaudius setzt die Anwesenden in Kenntnis, dass die Auffassung der Kassenärztlichen Vereinigung mit der Landesdirektion des Freistaates Sachsen identisch sei.

Auf die Rückfrage von **Herrn Vincze** bezüglich einer möglichen Wettbewerbsverzerrung innerhalb der Krankenkassen, welche im Landtag debattiert worden sei, teilt **Frau Schöne** mit, dass die Leistung als Interessensabfrage im Amtsblatt ausgeschrieben worden sei. Daraufhin haben sich drei Krankenkassen gemeldet.

Frau Stadträtin Siebeneicher kommt auf den Stadtratsbeschluss zur Gesundheitskarte aus dem Jahr 2014 zurück, der der Verwaltung einen klaren Auftrag erteile, einen Weg zur Einführung aufzuzeigen. Dieser Beschluss sei im Interesse kranker Menschen getroffen worden. Doch seitdem stecke man in der Diskussion um das bürokratische Klein-Klein fest. Sie könnte das nach-

vollziehen, wenn die beschriebenen Risiken in Zahlen ausgedrückt werden könnten. Doch aktuell sehe sie seitens der Verwaltung nicht die Bereitschaft, mit dem Stadtrat gemeinsam einen Weg zu finden. In dem Beschluss seien verschiedene Vorschläge unterbreitet worden, um auf die Risiken einzugehen, z. B. die Einführung eines Modellprojekts (also keine flächendeckende Einführung) und eine Begrenzung der Laufzeit. Fakt sei, dass bis heute nichts Beschlussreifes vorliege und man in eine ungünstige Debatte hineinkomme. Das findet sie schade, zumal mit der AOK, die eine der größten Krankenkassen sei und Erfahrungen mitbringe, man gut in ein solches Projekt einsteigen könne. Das langwierige Verfahren ärgert sie.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann versteht den Unmut. Aber in Sachsen sei die Einführung der eGK politisch motiviert durch eine Landesrahmenvereinbarung nicht möglich. Auch andere sächsische Städte seien mit der Einführung der Gesundheitskarte gescheitert, anders als in anderen Bundesländern, wo die Landesebene unterstützend tätig gewesen sei und mit Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen Verträge geschlossen habe und damit die Krankenkassen zur Pflichtaufgabe der Einführung einer Gesundheitskarte unterstützen.

Im Fokus stehe natürlich das Finanzielle. Man beschreibe Neuland und die Entscheidung müsse seitens des Stadtrates gemeinsam mit der Verwaltung getroffen werden. Man werde mit Hilfe verschiedener Szenarien so gut wie möglich darstellen, mit welchen Kosten man glaube rechnen zu müssen (es bleibt wie bisher, Bürokratie draußen wird abgebaut und in der Stadtverwaltung werde „hochgefahren“). Der größte Stolperstein sei aktuell, dass die Kommune bisher keine Bedingungen mit den Partnern schaffen konnte, die die Einführung der Karte ermöglichen. Die Kommune sei gefordert, die Krankenakten prüfen zu lassen. Es gelte also, zuerst flächendeckend an die Akten zu kommen, was momentan nicht sichergestellt sei.

Sie versichert dem Gremium, dass die Verwaltung dem Stadtrat die Situation klar darstellen werde. Es sei schwierig. Ansonsten hätten andere Gemeinden in Sachsen schon vor Dresden ihr Ziel erreicht. Dresden wäre auch nach vielen Jahren die erste Kommune.

Herr Dr. Mamedow betont, dass Dresden schon in einigen Dingen Vorreiter gewesen sei, auch gegen den Widerstand des Landes (z. B. Geldleistungen für Asylbewerber). Er bittet, einen Zeithorizont zu benennen, wann die Ergebnisse der Prüfung vorliegen werden.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann kann keine zeitlichen Zusagen machen. Man stehe verwaltungsintern und auch mit den Landesbehörden in Kontakt. Wenn man soweit sei, werde die Vorlage zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte vorgelegt. Sie möchte das Modellprojekt der eGK für alle auch nutzen, um die neue Generation der eGK zu nutzen. Damit wäre ein Zugriff auf die Karte von Ferne möglich. Momentan habe man keine Verfügungsgewalt, wenn Karten verloren gehen, auswandern u. ä., sodass die Kommune Ersatzpflicht zu leisten habe, was ein Risiko berge.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** dankt für die Informationen verbunden mit dem Wunsch, dass die Beschlusserfüllung so schnell wie möglich erfolge.

5 Informationen/Sonstiges

- *inhaltsleer* -

Herr Dr. Jinah schließt den öffentlichen Sitzungsteil.

Dr. Hussein Hasham Jinah
Vorsitzender

Manuela Richter
Schriftführerin

Tina Siebeneicher
Stadträtin

Rica Gottwald
Stadträtin